

Adressenverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 7. Mai 1930

Nummer 37

Erhebung über das Ergebnis der Betriebsratswahlen

Auf Wunsch des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes soll dieser Tage in sämtlichen freien Gewerkschaften eine Erhebung über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen in allen Betrieben mit mehr als zwanzig Arbeitern durchgeführt werden. Die Fragebogen für diese Erhebung sind in der heutigen Nummer des „Korr.“ auf den Seiten 225 und 226 zum Abtrennen angehängt. Sie sind von unsern Betriebsvertrauensmännern sofort auszufüllen und spätestens bis 12. Mai an ihren zuständigen Bezirksvorstand, in größeren Druckorten an den Ortsvorsitzenden einzusenden. Die Bezirks- oder Ortsvorsitzenden haben die Ergebnisse der einzelnen Fragebogen auf einem ihnen gleichfalls schon zugesandten besonderen Berichtsbogen zusammenzufassen und diesen so rasch wie möglich (spätestens bis 20. Mai) dem **Verbandsvorstand** direkt zu übersenden.

Um ein möglichst zuverlässiges Ergebnis für unsern Verband im Rahmen der aufgestellten Fragen zu erreichen, richtet der Verbandsvorstand an alle in Betracht kommenden Kollegen das dringende Ersuchen, für eine möglichst gewissenhafte Ausfüllung und schnelle Rücksendung der Fragebogen besorgt zu sein!

Die deutsche Tagespresse

Die deutsche Tagespresse füllt sich sehr stark in der Rolle einer Großmacht auf dem Gebiete der hohen Politik. Durch ihre kritische Stellungnahme zu den nationalen und internationalen Problemen verleiht sie auf die führenden politischen Kreise je nach ihrer Einstellung fördernd oder lähmend einzuwirken. Was die Presse schreibt, gilt oft, aber doch zu Unrecht, schlechtweg als die öffentliche Meinung, die kein Staatsmann und ernsthafter Politiker übersehen dürfte. Selbstverständlich verjudet die Presse auch das Wirtschaftsleben im Sinne ihrer Anschauungen zu füllen und zu gestalten. Politik und Wirtschaft sind untrennbare Begriffe, die immerwährend in einer Wechselbeziehung zueinander stehen. Fast jede wichtige Wirtschaftsfrage hat politische Folgen, und jede bedeutende politische Entscheidung wirkt sich auf das Wirtschaftsleben und auf die in ihm bestehenden Kräfteverhältnisse aus. Die Zeitungen entscheiden in den Redaktionen, und die Redakteure sollen nicht wissen, was der Verleger tut. So sagt man, aber zutreffend ist das nicht immer. Die geistige Unabhängigkeit der Presse hat ihre natürlichen Grenzen, die gezogen werden von dem Willen der Abonnenten und der sonstigen Auftraggeber. Die Zeitungsverlage sind privatkapitalistische Unternehmungen, die zumeist einen guten Geldgewinn abwerfen sollen und dies auch tun. Der Zeitungsverleger erwartet, daß durch die redaktionelle Arbeit dem Blatte ein großes und wertvolles Verbreitungsgebiet gesichert wird. Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß sich dem redaktionellen Teil ein recht fruchtbarer Anzeigenteil anschließt, der dann in sehr vielen Fällen einen weit größeren Umfang erreicht, als ihn der redaktionelle Hauptteil des Blattes aufweist. Oft mutet der Textteil wie ein verhärmtes Zugeständnis an den Besitzer eines allzu offensichtlich Interesselattes an. Professor Dr. Julius Hirsch führte auf dem Weltkongress in Berlin aus, daß nach zuverlässigen Berechnungen die Hälfte aller Kopien des Zeitungswesens in Deutschland von der Klame getragen würden.

Nicht immer sind aber bei der Presse materielle Gewinnziele ausschlaggebend. Vor allem gilt dies für viele politische Zeitungen, die als Parteiorgane in erster Linie geistige Eroberungen machen wollen. Hier hat sich der Verleger bei seinen Werbemaßnahmen besonders rüchichtslos den Bestrebungen der Redaktion anzupassen, was allerdings nicht immer genügend geschieht. Denken wir auch an solche Blätter, die um „die Seele der Arbeiter“ ringen und deren Geldgeber im schwerindustriellen Lager zu suchen sind. Erinnern wir uns doch nur an den Großinflationeur Sugo Stinnes, der eine ganze Reihe von Zeitungen seinen sozialreaktionären Plänen dienstbar machte. Daß es auch heute noch solche „abhängig-unabhängige“ Zeitungen gibt,

das beweisen die lebhaften Klagen von Professor Wolff (Dresden) auf der Heidelberger Tagung des Vereins der deutschen Zeitungsverleger gegen die vielen Verjude indus-trieller und anderer Kreise, sich durch die Macht des Geldes den redaktionellen Teil der Blätter zu bestimmten Beeinflussungen eines oft ahnungslosen Leserpublikums oder zu Reklamezwecken zu erschließen. Auf eine kurze Formel gebracht, nennt man dies eine Korruption der Presse. Unter dem Schein der reinen Wissenschaftlichkeit vertreiben Korrespondenzbüros, die von interessierten Kreisen finanziert werden, ihre Weisheiten bei den Redaktionen, die leider die Hintergründe dieser Pseudowissenschaftler nicht immer erkennen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die Zeitungsverleger verpflichtet, ihre Hintermänner und Geldgeber bekanntzugeben. Bei uns in Deutschland ist das leider nicht der Fall. Dr. Garbe, der Generalbevollmächtigte von Rudolf Mosse, kennzeichnet gelegentlich einer Sondertagung der Zeitungsverleger auf dem Weltkongress die Zeitungsverleger als Idealfiguren. Er sprach über die „Mentalität der deutschen Zeitungsverleger“ und führte ungefähr folgendes aus: „Die deutschen Zeitungen sind keine Anhängel ihres Reklameteils, und die Zeitungsverleger wollen auch keine Händler mit bedrucktem Papier sein. Sie schätzen und kennen den Wert der Annoncen, die ihnen ihre Unabhängigkeit sichern, aber als Verleger gehen sie von ihrer publizistischen Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit aus und fühlen sich nicht nur den Lesern und Abonnenten gegenüber, sondern der Gesamtheit des Volkes moralisch und sachlich verpflichtet. In diesem Gedanken der Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit wissen sie sich mit den Redakteuren ihrer Blätter, mit denen sie in einer parteilichen Arbeitsgemeinschaft freundschaftlich verbunden sind, vollkommen eins. Deshalb führt der Verein der deutschen Zeitungsverleger seit Jahren einen unerbittlichen Kampf für die Freihaltung des redaktionellen Teiles der Zeitungen und gegen das Eindringen interessierten Einflusses in ihre Spalten außerhalb des Reklameteils. Den Lesern will die Zeitung eine Spiegelbild des deutschen, aber auch des ausländischen Lebens sein, in der Hoffnung, damit eine Kulturgemeinschaft aller geistig hochstehenden Völker vorzubereiten und dem gegenseitigen Verstehen zu dienen. Dabei muß sich der deutsche Verleger immer vor Augen halten, daß viele Kreise des verarmten deutschen Volkes allein auf ihre Zeitung als Erkenntnis-, Bildungs- und Befehrsquelle angewiesen sind, da die Mittel zum Ankauf von Büchern sehr oft nicht reichen.“ („Frankfurter Zeitung“ Nr. 606/1929.)

Aber trotz diesem Hohelied auf den Stand und die Berufsauffassung der Zeitungsverleger besteht die Tatsache, daß z. B. ein Mann der Schwerindustrie, Dr. Eugen Berg, über den großen Scherl-Konzern gebietet; das wird aber entweder gar nicht oder nur recht langsam in das Bewußtsein der Verlesenen geraten. In den vielen Blättern dieses Konzerns wird „vaterländische“ Politik gemacht, die am Ende den Armen erhöhte Last, den Besitzenden vermehrten Reichtum bringt.

Spärlisch, ja leider völlig unzureichend ist das Wissen vom deutschen Zeitungswesen im deutschen Volke verbreitet. Die amtliche Statistik des Reiches hat gewiß schon sehr wertvolle Erhebungen über alle nur denkbaren Einrichtungen und Begriffe angestellt, nur mit der deutschen Tagespresse hat sie sich noch nicht befaßt. Das liegt allerdings durchaus im Interesse der privatkapitalistischen Zeitungsverleger, die solche Ermittlungen in ureigene Angelegenheiten nicht wünschen. So sind wir also darauf angewiesen, private Ermittlungen zu Hilfe zu nehmen, wenn wir hier einige Zahlen über die deutsche Tagespresse angeben wollen. Aber, so sehr wir uns auch bemüht haben, eine ganz klare Quelle zu finden, aus der wir hätten Wahrheit schöpfen können, so wenig ist uns das gelungen. Es gibt in der Tat noch keine Statistik über das Pressewesen, die als absolut richtig anzusehen wäre. Wie wir hören, besteht bei dem Institut für Zeitungswesen an der Berliner Universität die Pflicht, genaue Feststellungen zunächst über die Zeitungen in Preußen zu treffen. Nach Ansicht der Fachkreise, vor allem auch der Organisation der Redakteure, des Reichsverbandes der Deutschen Presse, und nach den Ausführungen, die im Nachtrag zur 1. Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften zu finden sind, kommt vorerst Dr. Hans Kapffinger (Straubing) in seiner Betrachtung: „Die deutschen Zeitungen in der Statistik“ („Zeitungswesen“ Nr. 19/1928) der Wirklichkeit am nächsten. Er gibt die Zahl der in Deutschland er-

scheinenden Zeitungen mit 3356 an. Davon erscheinen in Preußen allein 1861, in Bayern 400, Sachsen 213, Württemberg 182, Baden 163, Thüringen 132, Mecklenburg 81, Oldenburg 35, Braunschweig 20, Hanfsstädte 10, Anhalt 25, Lippe 12 und Waldeck (steht zu Preußen gehörig) 6 Zeitungen. Davon bezeichnen sich als parteilos 1804, sozialdemokratisch 172, liberal 59, die Deutsche Volkspartei vertreten 57, als Amtsblätter erscheinen 143, deutsch-national 374, zum Zentrum gehören 277 und zur Bayerischen Volkspartei 106 Blätter. Als bürgerlich bezeichnen sich 183, als demokratisch 88, als völkisch 10 Zeitungen. Republikanisch nennen sich 15, den Agrariern dienen 20, der KPD 35 Blätter; kleineren Gruppen gehören 9 an und in fremden Sprachen werden 4 Zeitungen herausgebracht. Von diesen 3356 Blättern erscheinen 234 einmal, 204 zweimal, 529 dreimal, 69 vier- und fünfmal, 115 sechsmal und 131 mehr als sechsmal wöchentlich. Also 63,7 Proz. erscheinen sechsmal in jeder Woche. Im Jahre 1928 gab es in Deutschland 1894 Erscheinungsorte. In 1318 dieser Standorte erschienen nur je eine Zeitung, in 394 je zwei, in 94 je drei und nur in 88 vier und mehr Zeitungen. Interessant sind die Prozentzahlen, die über die parteipolitische Entwicklung der deutschen Tagespresse Aufschluß geben. Dr. Kapffinger hat hier nur die Hauptgruppen angegeben, d. h. bestimmte Einzelparteien zu ideenverwandten Gruppen zusammengefaßt. Als Vergleichszahl fügen wir in Klammern den Stand vom Jahre 1913 bei. Es beträgt somit der Anteil an der Gesamtpresse für die Konserwativen 30,3 Proz. (22,6), für die Liberalen 4,35 (14,1), für das Zentrum 11,0 (11,6), für die Sozialdemokratie 6,1 (2,2) und für die Parteilos 53,7 (49,2) Proz.

Zugewonnen haben die konserwative, die sozialdemokratische und die parteilose, stark abgenommen hat die liberale Presse; die Zentrumspresse ist ziemlich konstant geblieben. Man muß aber bemerkt werden, daß parteilos durchaus nicht heißt: absolut neutral. Wissen wir doch zur Genüge, daß die Mehrzahl der sogenannten parteilosen Blätter irgendwo und wo immer es nur geht, den tonangebenden bürgerlichen Parteien sekundieren und die „bedrohten Rechte“ der bürgerlichen Gesellschaft verteidigen. Zudem sind sie deswegen auch durchweg Kampfor-gane gegen den Sozialismus oder, wie viele sagen, gegen „marxistische Experimente“. Wir wissen auch, daß nicht alle Amtsblätter der jeweiligen Regierung dienen, sondern daß es in der deutschen Republik eine ganze Reihe von amtlichen Verkündungsorganen gibt, die zwar die Vorteile als Amtsblatt gern genießen, die Republik aber aufs schärfste bekämpfen.

Auf dem Weltkongress sprach Dr. Walter Zäwecke über die „Struktur der deutschen Presse“. Er führte u. a. aus, daß es in Deutschland etwa zehnmal so viel Zeitungen gebe wie in anderen Ländern gleicher Größe. Im Jahre 1908 hätten wir noch 1000 Wäcker gehabt. Die Verminderung auf rund 3300 mache vorläufig halt. Die Gründe für die Vielgestaltigkeit der deutschen Presse führt er vor allem auf die Vielheit der deutschen Länder und deren Eigenleben in zahlreichen Kulturen und Wirtschaftszentren zurück. Der Umstand, daß die meisten Zeitungen nicht durch ausschließlichen Strafenverkauf, sondern durch den gut ausgebauten Apparat des Abonnentenbezugs abgesetzt würden, trage wesentlich zur Stabilität der deutschen Presse bei. Im Laufe der letzten Zeit habe die geschäftsmäßig eingestellte Massenblatt- und Anzeigenpresse zugenommen. Eine baldige Verkrüftung des deutschen Zeitungswesens sei vorläufig noch nicht zu erwarten, da noch viel alter Familienbesitz im deutschen Zeitungswesen vorhanden sei.

Im Berliner Zeitungswesen sind drei mächtige Unternehmungen der bürgerlichen Presse vorherrschend: Rudolf Mosse („Berliner Tageblatt“), August Scherl („Vollanzeiger“) und die Ullstein-WG. („Völkische Zeitung“). Die in Klammern beigefügten Zeitungsnamen sind die Repräsentativ-Organ der Verlage. Aber daneben geben sie eine ganze Reihe anderer Blätter, illustrierte Zeitungen und Zeitschriften heraus, deren geistiger Gehalt und Aufmachung je nach dem Besitzerkreis anspruchsvoll oder „volkstümlich“ sind. Ein Teil ihrer Erzeugnisse dringt teilweise sogar in eignen Flugzeugen — in die Provinzstädte und Badeorte Preußens und auch in die andern deutschen Länder. Bemerkenswert ist, daß der Ullstein-Verlag im Gegensatz zu den meisten andern deutschen Zeitungswesen den größten Wert auf eine weitgehende Publizität seines Gesäßgebartens legt.

Die sozialdemokratische Presse, die 172 Blätter bis auf wenige Ausnahmen in parteiigen Betrieben herstellen läßt, ist seit mehreren Jahren mit dem Parteidruckerei- und Verlagsanstalten in einer Dachgesellschaft, der Konzentration W.G. Söhne Berlin, zusammengefaßt. Davon verspricht sich die Partei eine bessere Wirtschaftlichkeit und auch eine günstigere Möglichkeit, ihr Preiswesen weiter auszubauen.

Die Zeitung von heute ist nicht mehr die gleiche, wie die von Vaters Zeiten. Zeitartikel, Modisfälle, Bilder von Schönheitskonkurrenzen, Reklame, Kunst, Börsennotiz, Pöbel die Zähne mit Zobel, alles das und noch viel mehr springt dem Leser wie durcheinandergewürfelt in die Augen. Er hat schon seine Mühe, sich in dem Sensationsgewirr der modernen Presse zurechtzufinden. Kein Wunder ist es, wenn schon Stimmen laut werden, ernsthaftere Stimmen, die von einem Verfall der deutschen Presse reden. Sensationsgier heißt sich selbst zu Tode. Das ist ein kleiner Trost für den, der einen geistvollen Essay einem trampfhaft redigierten Nervenkitzel vorzieht. Die Zeitung sei und bleibe aber werde wieder eine ernst zu nehmende Angelegenheit zum Besten des Volkes. Aufgabe der Zeitungswissenschaft aber soll es sein, das Wissen von der deutschen Presse durch gute Forschungsarbeit zu bereichern. W. Rothensfelder.

Zur Preis- und Kaufkraftgestalt

Die allgemeine Krise der Grundstoffe — der Preissturz für Rohstoffe und Lebensmittel auf dem Weltmarkt — wird als schwerwiegendes weltwirtschaftliches Problem anerkannt und gewürdigt. Man fragt nach den Ursachen dieser Krise und nach ihren Folgenwirkungen. Es gibt allerdings keine einheitliche Begründung dafür, vielmehr müssen die Ursachen des Preissturzes für eine jede von ihm betroffene Ware für sich betrachtet und geprüft werden. Es waren jedoch auch allgemeine Ursachen bzw. solche, die sich auf mehr als einen Grundstoff erstreckten, für den Preissturz verantwortlich. Künstliche Hochhaltung der Preise und die darauf folgende Erweiterung der Produktion mußten in einem Zeitpunkt zum Rückschlag führen, als die weltwirtschaftliche Konjunktur sich verschlechtert und die Nachfrage nach jenen Waren vermindert hat. Als verschärfende Momente kamen in einer Anzahl von Ländern Kreditkürzungen, Schwierigkeiten der Kapitaleinfuhr, Goldabfluß in Verbindung mit Kreditbeschränkungen oder aber an deren Stelle Verschlechterung der Wechselkurse der betreffenden Länder hinzu. Diese Momente haben den Preissturz der Grundstoffe verstärkt, gleichzeitig wurde aber auch die übrige Produktion in jenen Ländern in Mitleidenschaft gezogen. So führte der Preissturz in vielen Ländern zum Kaufkraftschwund, wodurch ihre Außenwirtschaft für Absatzwaren stark vermindert wurde. Auch hat der Preissturz dem Volkswirtschaftlichen Aufschwung in der Weltwirtschaft erhebliche Hindernisse in den Weg gesetzt.

Ein auffallendem Widerspruch zur Entwicklung der Preise für Rohstoffe stehen die Preise für Fertigkeiten in den großen Industrieländern. Die Fertigkeiten haben den Preissturz nicht mitgemacht. Obwohl ihre Produzenten die Grundstoffe auf dem Weltmarkt billig erwerben können, sind die Fertigenwarenpreise im Vergleich zur Preisentwertung der Grundstoffe kaum gefallen und beharren in den meisten Industrieländern auf einer die Erweiterung des Absatzes stark beeinträchtigenden Höhe.

Die Frage, worauf diese widerprüchsvolle Preisentwicklung zurückzuführen sei, ist von großer Bedeutung. Man will sie vielfach mit dem Hinweis auf die Produktionskosten erledigen. Die Produktionskosten der Industrieländer seien derart hoch, daß die Preisentwertung der Fertigenprodukte trotz verbilligter Rohstoffversorgung nicht möglich sei. Dabei beruht man sich gewöhnlich auf das erhöhte Lohnniveau, auf die sozialen Lasten und die hohen Steuern und vergißt geistlich, andere Faktoren zu erwähnen, die zur Erhöhung der Produktionskosten noch viel wesentlicher beitragen. Gewiss sind die hohen Produktionskosten in den Industrieländern an den hohen Preisstand für Fertigenwaren beteiligt. Man soll aber die Momente, die für die hohen Produktionskosten verantwortlich sind, ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigen. Die Rationalisierung der Produktion in den großen Industrieländern hat den Anteil der Löhne an den gesamten Produktionskosten sehr wesentlich gesenkt. Wenn man auch die Rohstoffbeschaffung in letzter Zeit stark verbilligt wurde, so wäre eine kräftige Senkung der Fertigenwaren möglich gewesen, auch wenn andere Kostenelemente der Produktion, wie z. B. Steuern, auf beträchtlicher Höhe blieben. Diese Folgerung drängt sich um so mehr auf, als die Zinslast der Industrieunternehmen, wenn auch nicht für deren langfristige Verschuldung, so zumindest für ihre Betriebskredite dank der Geldbilligkeit und wiederholter Senkung des Diskontsatzes in letzter Zeit leichter geworden ist. Auch sind Löhne, Sozialbeiträge und Steuern im letzten Jahr nicht erheblich gestiegen. Folglich war angeht die verbilligten Rohstoffe, des gesunkenen Lohnanteils und der erleichterten Zinslast ein erheblich großer Spielraum für die Preisentwertung der Fertigenprodukte vorhanden.

Die Produktionskosten sind in den entwickelten Industrieländern zweifellos höher als in den weniger entwickelten Agrar- und Rohstoffländern. In letzteren ist die Ausbeutung der Arbeitskräfte größer, dementsprechend auch der Profit, der den Besitzern der großen Plantagen und Bergwerke es vielfach ermöglicht, ihre Verluste im gegenwärtigen Zeitpunkt der Rohstoffpreise aus ihren reichen Vorkäufen zu decken. Daß die Produktionskosten in den entwickelten Industrieländern dank erhöhtem Arbeitslohn, der den Grad der Ausbeutung gegenüber den rück-

ständigen Ländern vermindert, höher stehen, ist das einzig Erfreuliche an dieser Entwicklung und das Zeichen des sozialen Fortschritts.

Jedoch gibt es noch andre Faktoren, die in den Industrieländern die Produktionskosten steigern, und zwar viel nachhaltiger als die bessere Entlohnung der Arbeit und der Arbeitsschutz, zumal sich diese durch die Erhaltung der Gesundheit und Erhöhung des Arbeitswillens und die dadurch bewirkte Steigerung der Produktivität bezahlt machen. Da sind die Zölle, die nicht allein den letzten Verbrauch, sondern auch die Produktionskosten im allgemeinen stark verteuern. In enger Verbindung mit den Zöllen sind es die Kartelle, die die Preise hochhalten und dadurch die Produktionskosten jener Industriezweige, die Monochmer von Kartellwaren sind, künstlich erhöhen und sie von den Vorteilen der verbilligten Rohstoffbeschaffung ausschließen. Andre monopolistische Organisationen, die auf Grund der Befestigung des Marktes mit Hilfe von Patenten, Marken usw. mit ihren Preisen nicht heruntergehen-brauchen, tragen ebenfalls zur Erhöhung der allgemeinen Produktionskosten bei. Endlich sind die vermehrten Aufwendungen, die in den letzten Jahren für den Vertrieb der Waren notwendig geworden sind, für die Erhöhung der Produktionskosten verantwortlich. Der Zwischenhandel nimmt viel größere Kosten für sich in Anspruch als in früheren Zeiten. Gerade die Rationalisierung mit ihrer Massenverwertung macht den Vertrieb der Massenprodukte kostspieliger, indem sie Fracht- und Reklamekosten stark erhöht. Die Zinsbelastung des Handels ist infolge des Zusammenstürzens des eigenen Betriebskapitals höher geworden. Hinzu kommt noch die — von der Freisetzung der Arbeitskräfte in der Industrie, stark geförderte — Aufblähung des Handelsapparates, die dazu führte, daß der auf den einzelnen Handelsbetrieb entfallende Umlauf zurückging. Auch war im Zwischenhandel ein Konkurrenzstumpf mit Unterbietung der Preise, wie er in den nichtkartellierten Industriezweigen zu beobachten ist, eigentlich nicht vorhanden. Aus diesen Gründen ist der Handel gerade in den entwickelten Industrieländern zu einem die Produktionskosten und freilich auch die Lebenshaltung der letzten Verbraucher stark verteuern Faktor geworden. Zölle, Monopole und Zwischenhandelsgewinne sind aber nicht allein für die Erhöhung der Produktionskosten verantwortlich, sondern sie bewirken gleichzeitig, daß für die Preisentwertung der Fertigenwaren nicht einmal die Spanne verwendet wird, die durch die Verbilligung des Rohstoffbezugs entstand, da diese Spanne von den vollgeschicklichen Industrien, von Kartellen, Monopolen und vom Zwischenhandel für die Steigerung des Profits in Anspruch genommen wird.

Die innerwirtschaftlichen Folgen dieser Lage sind einmal, daß die letzten Verbraucher zunächst keinen Vorteil aus der verbilligten Rohstoffversorgung ziehen, während die Rentabilität der Unternehmen, einschließlich des Handels, die ihre Rohstoffe höherhaltend können, steigt. Sie erzielen, wenn auch nicht alle, und auch die bevorzugten nicht in gleichem Maße, sondern entsprechend ihrer Wirtschaftskraft, erhöhte Gewinne. Auch in weltwirtschaftlicher Hinsicht ergeben sich verschiedene Folgen. Die Kaufkraft der Rohstoffländer sinkt infolge der Preise und Unverkäuflichkeit ihrer Produkte, für die ein Überangebot auf dem Weltmarkt vorliegt. Sie sind nicht in der Lage, die teuren Fertigenwaren der Industrieländer zu kaufen, die Ausfuhr der letzteren stößt auf Schwierigkeiten und erfordert umfangreiche Kapitalien, da die notleidenden Rohstoffländer für ihren Fertigenwarenbezug Auslandskredite bedürfen. Andererseits erwacht den Industrieländern ein Vorteil durch den verbilligten Rohstoffbezug. Die internationalen Austauschbeziehungen ändern sich zugunsten der Industrieländer. Für dieselbe Menge von Rohstoffen muß das Industrieland, sofern man von der Schleuder-ausfuhr der Kartelle absteht, weniger Industrieerzeugnisse in Austausch geben als zuvor. Trotzdem kann diese Lage unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten selbst für die Industrieländer nicht als günstig bezeichnet werden, ebenso wenig wie die, die für eine fernere Zukunft in Aussicht steht, wenn die Rohstoffländer ihre eigenen Industrien entwickelt haben und in ihrer Kapitalverwertung vom Ausland unabhängig geworden sind. Dann wird sich das Verhältnis umkehren; die Austauschbeziehungen werden sich zugunsten der Industrieländer gestalten, diese werden für die Rohstoffe mehr Fertigenwaren hergeben müssen als zuvor. Solange auf dem Weltmarkt die Zustände so anarchisch sind wie heute — woran die Entschleunigung von internationalen Kartellen nichts änderte —, wird der Pendel bald in der einen, bald in der anderen Richtung ausschlagen. Man kann sich allerdings eine internationale Arbeitsteilung vorstellen, die das Gleichgewicht zwischen Produktion und Absatz von Rohstoffen und industriellen Fertigenprodukten und ein angemessenes Austauschverhältnis zwischen beiden zu verbürgen vermöchte. Von einer solchen Durchorganisierung der Weltwirtschaft sind wir aber heute, unter der Herrschaft der kapitalistischen Sonderinteressen und der wirtschaftlichen Nationalismen, noch weit entfernt.

Internationale Verbindungen des Kapitals

Die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit ist gekennzeichnet durch einen stetig fortschreitenden Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß; wir sehen heute in einer Hochkonjunktur privatkapitalistischer Bindungen und Interessengemeinschaften. Die Zusammenfassung der privatkapitalistischen Kräfte in Syndikaten, Kartellen, Konzernen und Trusts hat auf nationalwirtschaftlicher Basis einen Grad erreicht, der dazu drängt, die nationalen Grenzen zu durchbrechen, um auf internationaler Grund-

lage die Organisation des Kapitals weiterzubilden. Dabei steht das Problem der internationalen Kartelle und Produktionsgemeinschaften (Konzerne und Trusts) im Vordergrund der öffentlichen Diskussion.

Schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kamen internationale Vereinbarungen über Preisbildung und Abfahrgelag für einzelne Produkte zustande, aber erst um die Jahrhundertwende setzte eine systematische und zielklare Kartellbewegung des internationalen Kapitals ein. Im Jahre 1896 zählte der Kartelltheoretiker Professor Niejmann bereits 40 internationale Syndikate und Kartelle, doch dürfte deren Zahl schon damals erheblich größer gewesen sein. Da zu keiner Zeit ein öffentliches Kartellregister geführt wurde und andererseits das Unternehmertum grundsätzlich keinen Ehrgeiz zeigt, seine internationalen Geschäftsverbindungen vor aller Öffentlichkeit auszubreiten, so war und ist man auch heute noch hinsichtlich der Zahl der internationalen Kartelle auf Schätzungen angewiesen.

Aber den Umfang der gegenwärtigen internationalen Kartellierung und Konzernbildung wissen wir infolge Fehlens einer zuverlässigen Statistik noch weniger als vor dem Kriege. In der Nachkriegszeit ist die Bereitwilligkeit des Unternehmertums zu internationalen Vereinbarungen um so mehr gewachsen, je größer sich das Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit gestaltete. Allgemein bekannt geworden sind internationale Vereinbarungen in der Eisen- und Metallindustrie, wie die Internationale Rohstoffgemeinschaft, das Europäische Schienenkartell, Kartelle der Röhren- und Drahtindustrie, das Westeuropäerzsyndikat und das Europäische Aluminiumkartell. Weiter sind zu nennen das Mitteleuropäische Emailkartell, das Europäische Glaskartell, das Internationale Glühlampensyndikat, das Internationale Spiegelglas syndikat, das Mitteleuropäische Zementkartell, das Internationale Kalkkartell, die Europäische Zementversteinung, die Internationale Vereinigung der Baumwollspinnerei- und -verarbeiterverbände und das Internationale Linoleumkartell. Alle diese Kartelle sind in den Jahren 1925 und 1926 zustande gekommen. Der größte Teil dieser internationalen privatkapitalistischen Vereinbarungen ist nichts anderes als die Wiederherstellung schon vor dem Kriege vorhanden gewesener Bindungen. Eine ganze Anzahl internationaler Kartelle ist noch im Werden begriffen, so die Bildung eines Zinn- und Zinksyndikats, einer neuen Zuckerkonvention sowie internationale Vereinbarungen in der Textil-, Farben- und Strohstoffindustrie.

Kartell ist die internationalen Syndikate und Kartelle nicht die einzigen Formen internationaler Zusammenschlüsse. Es gibt daneben noch internationale Trusts und Konzerne und als besondere Organisationen die Kartelle internationaler Konzerne, in denen die Kapitalmacht von Unternehmungen verschiedener Länder konzentriert ist. Ein charakteristisches Beispiel bietet hier der schwedisch-amerikanische Zündholztrust, der über 150 Fabriken in 29 Staaten unterhält, die Hälfte der gesamten Weltproduktion beherrscht und in einzelnen Staaten sogar eine gesetzliche Monopolstellung einnimmt. Auf dem Gebiet der Elektrotechnik sind die Beziehungen zwischen der W.G. und der amerikanischen General Electric Co. bekannt. Sie bestehen seit etwa 40 Jahren und sind nach dem Kriege durch Aktienbeteiligung an der W.G. seitens der amerikanischen Gesellschaft wieder zustande gekommen. Auch der Siemenskonzern steht seit Februar d. J. in enger Beziehung zur General Electric Co. und außerdem in einem etwas loseren Verhältnis zu der Westinghouse Electric Co. New York. Die Kabelindustrie ist ebenfalls international verbunden. Auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie ist ein enges Netz internationaler Verbindungen zu beobachten. Die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken-Gesellschaft), ein Gemeinschaftsunternehmen der W.G. und Siemens & Halske, steht mit der Marconi Wireless Telegraphy Co. Ltd. in London, der Radio Corporation of America in New York und der General des Telegraphie sans Fil in Paris in enger Interessengemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaft der vier Weltgesellschaften erstreckt sich noch im besonderen auf das Gebiet der Radioindustrie. Der Zweck der Vereinigung ist die bessere Ausnutzung der von den Gesellschaften durch eine große Anzahl von Patenten fast monopolistisch beherrschten „Fabrication“ von Radioapparaten. Auch in der Petroleum-, Sprengstoff-, Kunstseiden- und Grammophonindustrie — nicht zu vergessen das Finanzwesen — zeigen die engen Beziehungen zwischen den Unternehmungen der einzelnen Staaten das Bild einer starken internationalen Konzernierung.

Die Stellung der Gewerkschaften zu den internationalen Verbindungen des Kapitals ist wiederholt dargelegt worden. Bekannt ist das an die Weltwirtschaftskonferenz gerichtete Manifest der Sozialistischen Arbeiterinternationalen und des Internationalen Gewerkschaftsbundes. In diesem Manifest kommt zum Ausdruck, daß die Vertreter der Arbeiter die internationale Organisation des Kapitals als eine Etappe der weltwirtschaftlichen Entwicklung betrachten; es wird aber auch auf die Gefahren hingewiesen, die der Arbeiterchaft aus dieser Entwicklung drohen. Die Massenbedingungen der Vertreter des internationalen Proletariats belegen in ihrer grundsätzlichen Einstellung zu den Problemen der Weltwirtschaft im allgemeinen und zur Frage der internationalen Kartelle im besonderen, daß die organisierte Arbeiterchaft die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft keineswegs zu hemmen gesonnen ist, daß aber gleichzeitig ihr Bestreben dahin geht, der Organisation des internationalen Kapitals eine zureichende Einflußnahme des internationalen Proletariats entgegenzusetzen.

In die „pazifistische“ Arbeitsgemeinschaft des internationalen Kapitals werden manchmal hinsichtlich deren politischen und wirtschaftlichen Endwirkungen allzu optimistische Erwartungen gehegt. So führt z. B. der eingangs erwähnte Wirtschaftstheoretiker Professor Viejmann als Begründung für die rasche Zunahme internationaler Verbindungen u. a. an, „daß die Regierungen und Parlamente mancher Länder unter dem Einfluß der Kriegsschloße oft die Belange der Wirtschaft zu wenig berücksichtigen, so daß die Produzenten die Verständigung über die Landesgrenzen hinaus selbst in die Hand nehmen mußten“. (Vgl. „Internationale Kartelle“, von Professor Dr. Robert Viejmann, Weltwirtschaftliches Archiv 1927, S. 261.) Viejmann stellt den kapitalistischen Verständigungswillen quasi als patriotische Tat hin; die internationale Kartellierung soll als Ausfluß industrieller Verflechtung gewertet werden. In Überbrückung nationaler Gegensätze und Verhütung militärischer Konflikte denken aber die internationalen Kartellpartner gewiß in letzter Linie. Der Zweck internationaler Kartellbildungen und Vertrustungen ist doch zu allererst Erhaltung des Kapitals, Sicherung der nationalen Produktionsgebiete und der Kapitalrente und schließlich die Aufteilung des Weltmarktes. In den privatkapitalistischen Vereinbarungen zeigen sich in keinem Fall Niederstufelänge ethischer Natur, zeigt sich kein Streben nach höheren Wirtschaftsformen, sondern nur eine höchst realproffische Spekulation. Daß es gar nicht in der Absicht des Unternehmers liegt, durch internationale Vertrustung und Kartellierung nationale Gegensätze aus der Welt zu schaffen, hat der Essener Eisengroßindustrielle Dr. Bruhn deutlich zum Ausdruck gebracht, als er anlässlich der Gründung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft in der „Frankfurter Zeitung“ schrieb: „Was ist nicht alles gefaselt worden von der Vermählung deutscher Kohle mit französischem Erz und der ihr folgenden Morgengabe der Völkerverflechtung und des ewigen Friedens! Weder wir noch unsere französischen und belgischen Kollegen sind Pazifisten oder Verbrüderungsmänner, sondern einfache Realpolitiker, die für das Gedeihen ihrer Industrie und die Wohlfahrt ihrer Wirtschaft es als das Besteinstufigste ansehen, nach bestimmten Regeln, über die man sich verständigt, zu wirtschaften...“

Diese Erklärung erhellt die ganze Situation. Es ist daraus zu ersehen, daß die Politik des internationalen Kapitals nicht pazifistisch, sondern realproffisch gewertet werden will. Die internationale Kartellierung und Vertrustung ist für das Unternehmertum ein probates Mittel zur Produktionsbeschränkung und Proffisierung. Und schließlich kann für die internationale Stahlindustrie ein schlechter Krieg einträglicher sein als das beste internationale Kartell.

Die internationalen Verbindungen der Unternehmer sind die Folge immanenter Gesetze der kapitalistischen Produktion. Mögen auch die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer ihre internationalen Beziehungen weiter ausbauen, damit sie für die kommenden Kämpfe gerüstet sind.

Internationale Sozialpolitik

Die schwierige Wirtschaftslage in den großen kapitalistischen Ländern der Welt, die sich ausbricht in einer außerordentlich schlechten Beschäftigungsmöglichkeit für die Arbeiter, findet weiterhin ihren Ausdruck in den Angriffen auf die Löhne der Arbeiter. Fast in allen Industriestaaten der Welt versuchen die Unternehmer durch einen intensiven Lohndruck die Lasten der schlechten Konjunktur den sozial schlechtgestellten Arbeitern aufzubürden. Die Entwicklung der englischen Textilindustrie, die durch den Ausfall des Exports schon seit Kriegsende stark gefährdet ist, soll durch die Herabsetzung der Löhne der englischen Wollarbeiter saniert werden. Anfang April wurden in der Bradforder Wollindustrie etwa 100 000 Arbeiter ausgesperrt, man rechnet insgesamt bei einer vollen Durchführung der Aktion mit 150 000 Arbeitslosen, so daß die Industrie zum großen Teil stillsteht. Der Angriff



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Wilhelm Htze in Hannover
Eingetreten: 7. Mai 1880
Seht Inwalde



Wilh. Ahrens in Hannover
Eingetreten: 7. Mai 1880
Seht Inwalde



der Unternehmer stützt sich auf den Macmillanbericht, über dessen Forderungen allerdings die Lohnführungen der Unternehmer noch hinausgehen sollen. In Verhandlungen der Wollarbeitergewerkschaft wurde eine Verkürzung um 1 d die Stunde = 4 sh die Woche als diskutabel bezeichnet. Die Lage der englischen Bergarbeiter soll durch das neue Bergarbeitergesetz verbessert werden. Der Verband besteht auf einer Arbeitszeit von 45 Stunden die Woche mit einem freien Sonnabendnachmittag. Die Unternehmer boten ebenfalls eine 7 1/2 stündige Arbeitszeit an, aber unter Wegfall des freien Sonnabendnachmittags. In Japan droht ebenfalls die Stilllegung der Textilindustrie wegen Lohnbifferenzen. Die Krise der polnischen Textilindustrie scheint auch auf einen großen Arbeitskampf sich auszuwirken. In Dänemark waren Anfang April die Lohnabkommen für 81 000 organisierte Arbeiter gekündigt. In der Eisenindustrie streikten 3000 Arbeiterinnen, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. 18 000 ungelernete Arbeiter wollten ebenfalls in den Streik treten, doch wurde dieser Arbeitskampf durch Vergleichsverhandlungen hinausgeschoben. Die Visker-Straßenbahner haben eine großartige Aktion unternommen zur Verbesserung ihrer Löhne. Die Verhandlungen um die Kündigung des Saargebietes an Deutschland werden durch das Vorgehen der saarländischen Regierungskommission dadurch erschwert, daß sie an Deutschland die Forderung richteten, die Saargängerunterstützungen aufzuheben, außerdem sollen 1400 Saarbergarbeiter im wesentlichen aus den Grenzgebieten entlassen werden. Die Regierungskommission hofft, daß mit Hilfe dieses sozialen Druckes die Saarbergarbeiter sich für die Wünsche der französischen Gruubenverwaltung einsetzen werden. Der Lohnkonflikt der australischen Bergarbeiter wurde auf Grund des Regierungsvorschlages am Ende gebracht. Die australische Bundesregierung verpflichtete sich, den Werken eine gewisse Unterstützung zu geben und ebenfalls für die erwerbslos werdenden Bergarbeiter Fürsorgemaßnahmen durchzuführen.

Die Erwerbslosigkeit hat in den großen Industriestaaten eine Abnahme durch die beginnenden Bauarbeiten erfahren. Allerdings ist die Erwerbslosigkeit in den nicht saisonbedingten Industriezweigen durch große Arbeiterentlassungen noch schärfer geworden. In den Vereinigten Staaten hat der New Yorker Senator Wagner

eine Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingebracht. Wagner verlangt die Einsetzung einer wirtschaftlichen Stabilisierungskommission, der ein Betrag von 150 Millionen Dollar zum Zwecke der Bekämpfung der amerikanischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden soll.

Die American Federation of Labour wies in einer Sitzung der Wirtschaftskommission des Bundes senats auf die Möglichkeit revolutionärer Umwälzungen hin, falls nicht endlich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ernsthaft in Angriff genommen werden würde. Der Vorsitzende Green schätzte die Arbeitslosenziffer auf mindestens 3,7 Millionen. Er verlangt die Annahme des Gewerkschaftsprogramms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenversicherungsgeetze standen in fast allen Staaten im Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion. In England wurde das neue Erwerbslosenversicherungsgegesetz angenommen, das das Versicherungsalter von 16 auf 15 Jahre herabsetzt. Außerdem soll durch die Erhöhung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre eine Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführt werden. Für unterfütterte Erwerbslose unter 18 Jahren werden Bildungsturse eingerichtet. In einzelnen sind die Unterfütterungsfälle gerade für Jugendliche und die Zulagen für Ehefrauen bzw. andre erwachsene Familienmitglieder beträchtlich erhöht worden. Die unglückliche Bestimmung des früheren Gesetzes über den „ehrlich nach Arbeit suchenden Arbeitslosen“ ist ganz gestrichen worden. Die Beiträge des Staates werden um 12 Millionen Pfund Sterling auf insgesamt 26 1/2 Millionen erhöht. In Ungarn wurde ein Antrag auf Einrichtung einer Erwerbslosenversicherung eingebracht, der allerdings nicht angenommen wurde. Die Erwerbslosenversicherung in der Tschechoslowakei wurde durch eine Erhöhung der staatlichen Beiträge verbessert. In Österreich gelangte das Gesetz zum Schutz der Arbeitsfreiheit, das sogenannte Antiterroregesetz, zur Annahme. Durch die intensiven Bemühungen der österreichischen Gewerkschaften ist es gelungen, dem Gesetz wenigstens die schlimmsten Schärpen zu nehmen. Allerdings sind die Strafandrohungen des Gesetzes außerordentlich hoch, höher als die im Koalitionsgegesetz vom Jahre 1870 vorgesehenen. Die Bestimmungen über das Kollektivvertragswesen, die auf Antrag der österreichischen Gewerkschaften angenommen wurden, stellen allerdings eine Verbesserung der bisherigen Gesetzesbestimmungen dar.

Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Acht und den Tag ist in den großen Industriestaaten noch nicht durchgeführt. Die Ratifizierung hat in diesen Staaten ein Ausmaß angenommen, das die Produktionskapazität ungeheuerlich gesteigert hat, so daß sie höchstens mit 60 bis 70 Proz. ausgenutzt werden kann. Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert daher für diese Länder wegen der zunehmenden Mechanisierung und Intensivierung des Arbeitsprozesses und der dadurch bedingten erhöhten Ausbeutung der Arbeitskraft eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden die Woche. Der Forderung soll das Prinzip der englischen Woche mit dem freien Sonnabendnachmittag zugrunde gelegt werden. Der schwedische Reichstag beschloß die endgültige Inkraftsetzung des Gesetzes über den Acht und den Tag. Der Vorschlag der Regierung sah eine Verlängerung des bisherigen Provisoriums bis zum Jahre 1933 vor.

Die französische Kammer hat das Gesetz für die Sozialversicherung mit 576 gegen 29 Stimmen angenommen und damit das Versprechen der Regierung, die sozialen Versicherungen ab 1. Juli in Kraft treten zu lassen, eingelöst. Die Vorschläge der Regierung sind in wesentlichen Punkten verbessert worden, trotzdem der Ministerpräsident Tardieu große Anstrengungen machte, um diese Anträge zu verhindern. Da gewisse Abänderungen des vom Senat verabschiedeten Wortlautes in der Kammer erfolgt sind, muß das Gesetz noch einmal zur Beschlußfassung an den Senat zurückgehen. In Griechenland trat mit dem 1. April das neue Gesetz über die Sozialversicherung in Kraft. Es bestimmt, daß sämtliche Arbeiter, Angestellte und Beamte bis zu einer gewissen Gehaltsgrenze für das Alter, gegen Krankheit und Unfall versichert sein müssen, mit Vollendung des 60. Lebensjahres werden Alterspensionen gezahlt.

Gewerkschaftliche Erhebung über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen!

Einzelbericht an den Bezirks- bzw. Ortsvorstand

Ort:

Bericht

über die Wahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1930

Name des Betriebes	Jahr der im Betriebe Beschäftigten	Davon gehören an		Gesamtzahl der Arbeiter- und Mitglieder (Betriebsobstmannen)	Davon gehören an					Wahlorganisationsleiter	Wurde zur Wahl eine Liste b. kommunistischer eingereicht? (ja od. nein)	Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	Es erhielten Stimmen		Es kamen Vertreter auf die kommunistische Liste	Darunter Organisierte	
		dem Verband der Deutschen Buchdrucker	andern freien Gewerkschaften		dem Verband der freien Gewerkschaften	christlichen Gewerkschaften	J. D. Gewerkschaften	kommunistischen Gewerkschaften	sonstigen Vereinigungen				des Verbandes bzw. der freien Gewerkschaften	der kommunistischen Opposition			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

(Erläuterungen zur Ausfüllung siehe Rückseite)

Unterschrift

Die Kolonialpolitik beansprucht durch die Aufstandsbewegung ein besonderes Augenmerk. Die Bewegung zur Erreichung der nationalen Freiheit sieht sich weitgehend auf sozialpolitische Forderungen, die die indische Gewerkschaftsbewegung proklamiert hat. Die Entwicklung in China ist ebenfalls durch die sozialen Spannungen bestimmt. Die Verhandlungen innerhalb der internationalen Arbeitskonferenz über die Zwangsarbeit in den Kolonien unterzog der französische Kolonialminister Piétri im Senat einer Kritik. Frankreich fürchte keine Auseinandersetzungen über diese Fragen, er halte allerdings das Gremium von 51 Mächten, von denen 46 gar keine Kolonien besitzen, für nicht geeignet. Er könne beweisen, daß die Arbeitspflicht bei Bezahlung eines gerechten Lohnes und bei guter Behandlung die einzige Methode sei, die die Durchführung von großen Arbeiten im allgemeinen Interesse der Bevölkerung erlaube. Frankreich sei bereit, auf alle Anregungen einzugehen, aber es lehne jede Kontrolle und jede Einmischung, die auf eine Erweiterung des Mandatsprinzips hinausgehen, ab. Das Internationale Arbeitsamt hatte für den 21. und 22. März führende Personen der internationalen Beamtenbewegung zur Erörterung allgemeiner interessierender Fragen nach Genf eingeladen. In der zweitägigen Debatte wurden Entschlüsse angenommen, die in allen Staaten die Schaffung von Organen für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und ihrem Personal empfehlen. In der Frage der Arbeitszeit soll ebenfalls wie für die Arbeiter eine internationale Regelung zur Festsetzung der 48-Stunden-Woche durchgeführt werden. Die von den Beamteneinigungen geschaffenen Einrichtungen für Unterstützung und gegenseitige Hilfeleistungen werden als Vorbild für alle Staaten empfohlen. Ein Entbindeurlaub für weibliche Beamte wird für alle Staaten empfohlen. Der Internationale Gewerkschaftsbund beschloß, die muslimische Gewerkschaftszentrale und den nach der Spaltung in Britisch-Indien neu gebildeten Gewerkschaftsbund zum Anschluß an den I.G.B. aufzufordern. Beschlossen wurde gleichzeitig die finanzielle Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien und Griechenland sowie die Anerkennung der neuen finnischen Landeszentrale. Im Zusammenhang damit soll noch vor dem Stockholmer Gewerkschaftskongress in Kopenhagen eine Tagung des finnischen Gewerkschaftsbundes mit den Gewerkschaftsvertretern der übrigen skandinavischen Länder stattfinden.

Korrespondenzen

Barmen. Unsere Versammlung am 11. April war von 85 Kollegen besucht. Unter „Geschäftlichem“ berichtete Vorsitzender Bellingrath u. a. von Besprechungen mit den Ortsgruppen der anderen graphischen Verbände zwecks Erzielung einer Anstellung eines Fachwerkmikers beim hiesigen händlichen Arbeitsnachweis. Die hierfür erforderliche Aufhebung des partiellistischen Arbeitsnachweises fand in der Diskussion verschiedene Ansichten. Der Vorstand hatte (vorbehaltlich des Einverständnisses der Versammlung) grundsätzlich seine Zustimmung hierzu gegeben, da man in verschiedenen anderen Städten gute Ergebnisse daraus erzielt hatte. Man hofft auch, auf diese Weise das Bestreben einiger größerer Druckerente unterbinden zu können, die in lohnrückläufiger Absicht durch Inserate auswärtige Kräfte heranzuziehen versuchen, obwohl am hiesigen Platze fast 200 Kollegen arbeitslos sind. Hier haben die Sparten eine ernste Aufgabe, auf die Kollegen aufklärend und warnend einzuwirken. Die vom Arbeitsnachweisverwalter verlangte Vermittlung von Vintotypisten nach Berlin wurde ebenfalls kritisiert. Aus der Lehrstabsabteilung wurden acht junge Kollegen übernommen. Der Vorsitzende hieß sie mit herzlichen Worten willkommen und machte sie auf die Pflichten eines Verbandsmitgliedes aufmerksam. Dann erkrankte Kollege **Winkel** den Kartellbericht. Der wirtschaftlichen Notlage Rechnung tragend, soll das Jubiläumfest in diesem Jahre ausfallen und die Jubilare durch eine Festversammlung übernommen. Unter „Verschiedenem“ wurde das Verhalten eines Kollegen, das mit seiner Verbandsmitgliedschaft schlecht vereinbart ist, scharf gerügt. Dieser war, in völliger Verkennung der Gesetzesbestimmung, an die

Geschäftsleitung seiner Firma herantreten und hatte dort, um vor Entlassung geschützt zu sein, um Aufstellung in den Betriebsrat gebeten. Die dummdreiste Art einer derartigen Handlungsweise fand allgemein verständliches Kopfschütteln. Der Kollege wird sich vor dem Vorstand zu verantworten haben. Bei dieser Gelegenheit führte man auch einigen verdienten Kollegen ihre falsche Ansicht vor Augen, die in zu großer Rücksicht gegenüber andern Kollegen auf den Schutz auf Grund des Betriebsratsgesetzes verzichteten oder, um diesen Schutz nicht in Anspruch nehmen zu müssen, ein Betriebsratsmandat ablehnten und dann später zur Entlassung gekommen sind.

E. Braunshweig. Am 6. April fand unsere Bezirksjahresversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des plötzlich verstorbenen „Volksfreund“-Redakteurs **Buchs**. Unter „Geschäftlichem“ wurden zwei Kollegen dem Gauvorstand zur Aufnahme empfohlen. Den Jahresbericht gab Kollege **Kufer**. Die unglückliche Wirtschaftslage hielt das ganze Jahr hindurch an und hatte eine größere Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Zahl der Arbeitslosen entspricht der Zahl der zu Ofern eingestellten Lehrlinge. Der Veranlassungsbesuch war leidlich. Einige Versammlungen mit guten, interessanten Vorträgen hatten leider nicht den gewünschten Besuch aufzuweisen. Der **Rassenbericht** wurde ebenfalls vom Kollegen **Kufer** gegeben. In der hierauf folgenden Aussprache wurde an der Tätigkeit des Vorstandes keine Kritik geübt. Hierauf erfolgte die Aufstellung der Kandidaten zur Vorstandswahl, die durch Urabstimmung stattfand. Bei der Bekanntgabe der Überleitungsstatistik wurden einige Fälle scharf kritisiert. Sie sollen in einer demnächst stattfindenden Vorstandssitzung besprochen werden.

K. K. Danzig. (Drucker.) Unser Verein konnte in diesem Jahre auf sein 25 jähriges Bestehen zurückblicken und hatte aus diesem Anlaß an den Osterfeiertagen zu einer Jubiläumfeier eingeladen. Fastrecht waren die Mitglieder diesem Rufe gefolgt. Leider war es den Druckerkollegen der Umgebung, die früher zum Gau Westpreußen gehörten, infolge der bestehenden Pächtschwierigkeiten nicht möglich, an der Feier teilzunehmen. Am Vorabend fand im Vereinslokal ein Herrenabend statt. Unter den Klängen einer Kapelle sowie Vorträgen von Druckerkollegen des Danziger Buchdrucker-Gesangsvereins und humoristischen Solovorträgen verlief der Abend wie im Fluge. Ein Bodwürstchen sowie eine Verlosung trugen ebenfalls dazu bei, daß jeder Kollege auf seine Kosten kam. Am Sonntagvormittag fand im festlich geschmückten **Abend** des **Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses** die Festigung statt. Eingeleitet wurde diese durch „Lob Poleson“ vortragen vom Danziger Buchdrucker-Gesangsverein. Hierauf folgte der vom Kollegen **Ma** verfaßte Festspruch, gesprochen vom Kollegen **Erich Offen**. Der Chor sang darauf „Empor zum Licht“. In seiner Begrüßungssprache hieß Kollege **Seiger** den Vorsitzenden der Zentralkommission, Kollegen **Werner** (Berlin), sowie **Gauvorsitzer** Köpfer und die Vertreter der einzelnen Sparten herzlich willkommen. Aus fast allen Gauen waren Glückwunschtelegramme und -briefe eingetroffen. Im Mittelpunkt der Festigung stand der Vortrag des Kollegen **Wermann**. Er gab einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Sparten von ihrem Zusammenschluß bis zum heutigen Tag. In technischer sowie in tariflicher Hinsicht sei der Zusammenschluß der Druckerkollegen notwendiger denn je. Die großen Neuerungen auf dem Gebiete der Maschinen-technik stellen heute an jeden einzelnen große Anforderungen, und hier ist es besonders die Sparte, die allen Kollegen durch Rat und Tat zur Seite stehen will. Besonders gedachte der Redner des Kollegen **Ma** **Perlich**, des Begründers des Danziger Vereins, der seit 25 Jahren Vorstandsmittglied ist, und dankte demselben für seine aufopfernde Arbeit, die er für die Danziger Druckerkollegen und somit für die gesamte Druckerpartie geleistet hat. Nach dem Vortrag fand die Ehrung der Jubilare statt. In herzlichen Worten dankte Kollege **Seiger** den sechs Jubilaren **Perlich**, **Weimer**, **Hoffmann**, **Keller**, **Bahr** und **Donner** für ihre Treue zur Sparte. In allen Zeiten, in guten und in schlechten, sind sie der Sparte treu geblieben. Einen besonderen Dank dem Kollegen **Perlich**, der sich in selbstloser Weise der Sparte zur Verfügung gestellt und viele unserer Versammlungen durch sein großes Wissen bereichert hat. Als äußeres Zeichen der Dankbarkeit überreichte Kollege **Seiger** den Jubilaren ein Angebinde. Namens der Jubilare dankte tiefgegriffen Kollege **Perlich**, und er versprach, weiter wie bisher sich in den Dienst

der Sparte zu stellen. Dabei streifte er kurz den Werdegang der Sparte von ihrer ersten Gründungsverammlung bis heute. Den Abschluß der Festigung bildete die Übermittlung der Glückwünsche mit wertvollen Angebinden durch die Spartenvertreter sowie den Gauvorsitz. Anschließend fand ein Festessen statt. Abends verammelten sich die Teilnehmer zu einem Festball unter Mitwirkung erstklassiger Künstler. Ein Fest echter kollegialer Gesinnung, treu im Dienste der Sparte und des Verbandes, gepaart mit echtem Buchdruckerhumor, jedes an seinem Platze, das war unser 25jähriges Stiftungsfest. Auch an dieser Stelle sei allen Firmen und Kollegen, die sich um die Herstellung der Festdrucksachen (besonders des vom Kollegen **Perlich** verfaßten und vom Kollegen **Heinrich** technisch erstklassig hergestellten Festbuches) verdient gemacht haben, herzlich dank ausgesprochen, ebenso den Farbenfabriken für die Überlassung der Kunstblätter.

Darmstadt. (Maschinenseher.) Unsere am 6. April in Heppenheim abgehaltene Wanderversammlung war von 34 Kollegen besucht. Vorsitzender **Schulz** begrüßte zunächst die erschienenen Mitglieder, deren Damen und ganz besonders den Kollegen **Stutenbäumer**, den Vorsitzenden der Mittelrheinischen Maschinensehervereinigungen. Es kamen zunächst zwei Briefe von Schmahnenfabriken zur Verlesung, die Vortragmaterial zuleiteten. Der Vorsitzende wies **Johann** auf das zu Pfingsten in Mainz stattfindende Maschinensehertreffen hin und bat um zahlreiche Beteiligung. Des weiteren wurde ein Kollege neu- und einer wiederaufgenommen. Nun folgte ein Vortrag des Kollegen **Stutenbäumer** über: „Typographische Regeln und neue Satztechnik für Maschinenseher“. Der Redner verstand es in vorzüglicher Weise, dieses trockene Thema interessant zu gestalten und erntete den lebhaftesten Beifall der Zuhörer. Eine kurze Aussprache klärte noch über einige Streitfragen auf. Unter „Verschiedenem“ wurde eine bemerkenswerte Frage aufgeworfen. Es handelt sich hierbei um Entlassungen in Arbeiterbetrieben, die der „Konzentration“ bzw. der „Beiwag“ angehöhen sind, und für ihre Zeitungen von einer Hauptstelle aus Material beziehen. Die Versammlung wandte sich mit energiegelassen Worten gegen den Abbau von Kollegen sowie dagegen, daß die öffentliche Meinung nach Schema F bearbeitet werden soll. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten Erledigung gefunden, fand die angeregte verlaufene Versammlung ihren Abschluß. — Es schloß sich nun ein gemütliches Beisammensein an.

Salle a. d. S. Unsere Versammlung am 11. April hatte gute Beteiligung aufzuweisen. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde die Ehrung von drei Jubilaren, die durch 50jährige Mitgliedschaft dem Verband die Treue bewahrt haben, vorgenommen. Anschließend begrüßte der Vorsitzende die Neuausgewählten und legte ihnen gleichzeitig als Herz, nicht nur Mitglieder des Verbandes zu sein, sondern auch Mitarbeiter an dem großen Werk, das unsere Väter begründet haben. Die Ehrung der Jubilare und die Aufnahme der Neuausgewählten wurden umrahmt von drei Liedern des Gesangsvereins „Gutenberg“, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Kollege **Becher** forderte die jungen Kollegen sowie die übrigen, dem Gesangsverein noch fernstehenden Kollegen auf, Mitglied zu werden und somit den aus dem Winterschlaf erwachten Gesangsverein als aktive Sänger zu unterstützen. Unter „Mitteilungen des Vorstandes“ gab Kollege **Seiberlich** eine Statistik vom Arbeitsnachweis, der leider immer noch kein andres Gesicht zeigt, zumal noch dazu am 19. April die Krisenunterstützung aufhörte. Die Betriebsräte wurden aufgefordert, ihre Adresse baldmöglichst mitzuteilen, um sie dem Ortskartell zu übermitteln. Die Bezirksversammlung findet am 6. Juli in Merxburg statt. Hierauf schloß sich der Bericht vom Ortskartell, der vom Kollegen **Krüger** gegeben wurde. Kollege **Seiberlich** gab einen kurzen Bericht von der Bezirksleiterkonferenz. Er erwähnte u. a., daß das Gewerkschaftsjugendtreffen am 14. und 15. Juni in Magdeburg mit einem Jungbuchdruckerfest verbunden wird. Ferner ist vom Kollegen **Niederbach** ein Antrag eingereicht worden, der besagt, daß der Abgang vom Arbeitsnachweis der Reihe nach gelassen soll. Nach einer regen Diskussion über den Punkt „Stellungnahme zur Volkspartei-Hilfe“ kam man durch eine Abstimmung zu dem Beschluß, 10 Pf. pro Mitglied und Monat zu zahlen und die Verwaltung des Volkspartei zu erforschen, durch einen noch zu bildenden Ausschuß den Gewerkschaften Mitberatungsrecht einzuräumen. Der Punkt „Stellungnahme zur Maifeier“ brachte große Bewegung in die Versammlung. Nach ausgiebiger und reichlicher Dis-

Erläuterungen zur Ausfertigung des Formulars: Durch die Erhebungen sollen nur die Betriebsvertretungen der Arbeiter erfasst werden. Besteht in einem Betriebe je ein Arbeiter- und Angestelltenrat, die zusammen den Betriebsrat bilden, so sind nur die Wahlen der Arbeiterräte zu registrieren und nur diese zu zählen. Besteht in einem Betriebe für Arbeiter und Angestellte nur eine gemeinsame Betriebsvertretung, so ist diese in die Statistik einzubeziehen und sämtliche Vertreter sind in den Spalten 5 bis 11 einzutragen. Gewerkschaftlich organisierte Angestellte sind den Arbeiterverbänden gleicher Richtung zuzurechnen. Die Spalten 2 bis 11 sind für jeden Betrieb, sofern über ihn berichtet wird, auszufüllen. Sie bilden einen vollständig für sich abgeschlossenen Teil der Erhebung. Dagegen dienen die in den Spalten 12 bis 18 gewünschten Angaben der Feststellung, in welchem Umfang bei den Betriebsrätewahlen neben den freigewerkschaftlichen Listen solche der kommunistischen Opposition eingereicht wurden, welche Stimmenzahl diese Listen erzielten und wieviel Vertreter auf sie entfielen. Diese Spalten brauchen also nur dann ausgefüllt zu werden, wenn in der Spalte 12 die Einreichung einer Liste der kommunistischen Opposition mit „ja“ beantwortet wird.

fassung wurde mit 72 Stimmen, bei sehr großer Stimmenthaltung, beschloffen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Das Jubiläum fällt dieses Jahr aus. Der Beirat, der zum Jubiläumfest Verwendung finden sollte, wird trotzdem erhoben und zur Unterstützung der Arbeitslosen und Invaliden verwendet. Damit fand die distinktionsreiche Veranlassung ihr Ende.

Hamburg. (Maschinenzeiter.) In unserer Versammlung am 6. April wurde das Ableben unseres langjährigen Mitgliedes Jakob Endres in üblicher Weise geehrt. Vorsitzender Natho bedauerte den nicht besonders guten Besuch, um so mehr, als das auf der Tagesordnung stehende Referat für jeden Kollegen von Wichtigkeit sei. Eingegangen waren der „Spattiering“ Nr. 2 und das Rundschreiben der Zentralkommission Nr. 2, auf das vom Vorsitzenden näher eingegangen wurde. Im Anschluß hieran entspann sich eine Debatte über das Anlernen an der Sechsmaschine. Nach kurzer Aussprache wurde hierauf beschloffen, am 17. August einen Ausflug nach Kiel zum Besuch der dortigen Kollegen zu unternehmen. Unser referierte Kollege Kersch über „Kreuz und Quer durch die Unfallversicherung“. In längeren Ausführungen ging der Referent auf alle dieses Gebiet berührenden Fragen ein, besonders betont, daß Unfälle verhüten besser sei als Unfälle entschädigen bzw. heilen. Reicher, verdienter Beifall lohnte dem Vortragenden. In der lebhaften Aussprache wurde besonders weiterer Ausbau der Sozialgesetzgebung und Einrichtung von Unfallkrankenkassen gefordert. Unter „Technischem“ entspann sich eine Debatte über die Zellenfrage.

Stuttgart. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Zu unserer Januarversammlung hatte Kollege Reinhardt, Kreisvorsitzender des Bildungsverbandes, in liebenswürdiger Weise die Besprechung der eingegangenen Neujahrskarten übernommen. Er hatte es ausgezeichnet verstanden, die Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln. Reicher Beifall belohnte den Referenten. Eine Ausstellung amerikanischer Druckmaschinen fand allgemeine Anerkennung, nicht nur in ihrer Quantität, sondern auch in ihrer Zweckmäßigkeit und Qualität. Die Beantwortung verschiedener technischer Anfragen beschloß diesen lehrreichen Abend. — Am 25. Januar nahmen wir an der Besichtigung des chemischen Untersuchungsamtes teil. Weit über 100 Teilnehmer folgten dieser Einladung. An praktischen Beispielen wurde uns die Untersuchung von Lebensmitteln gezeigt. — Am 12. Februar folgten wir einer Einladung zu dem Vortrag des Kollegen Weidner, „Reiseberichte aus Guatemala“. In humorvoller Weise schilderte er seine Reiseerlebnisse. Über 100 Zuhörer verhalfen ihm zu einem vollen Erfolg. — Am 23. Februar nahmen wir an der Besichtigung der Reichsdruckerei A. Köstlin teil. Derartige Veranstaltungen bilden immer einen großen Anziehungspunkt, was auch durch den zahlreichen Besuch zum Ausdruck kam. — Eine Abwechslung in der Reihe der beruflichen Darbietungen bildete der am 12. März von Herrn Dr. K. D. M. erhaltene Vortrag: „Physiologie und Erforschung der Persönlichkeit“. Eine Reihe wertvoller Bildbilder trugen zu wesentlichem Verständnis bei. Reicher Beifall belohnte den Redner. — In unserer Hauptversammlung am 15. März nahm zweiter Vorsitzender Bötker „Zukunft der Welt“, unsere noch länger Krankheit, wiedergewonnenen ersten Vorsitzenden Keller aufs herzlichste zu begrüßen. Seine Worte wurden mit reichem Beifall aufgenommen. In dem gedruckten vorliegenden Jahresbericht gaben die Kollegen Keller und Bötker eine nähere Erläuterung. Kollege Seig gab anschließend den Kassenbericht. Für seine ausgezeichnete Kasselführung wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Die Besprechung verschiedener technischer Angelegenheiten nahm einen dreiten Raum ein. Der seitherige Vorstand wurde mit einer kleinen Änderung einstimmig wiedergewählt. Die Aussage von Kundstungen aus Eßlingen und Oberösterreich vervollständigte das Programm dieses Abends. Der Besuch war gut. In der Zeit vom 2. November bis 22. März fand in der Fachschule im Hoppenlau unter Leitung unseres Kollegen, Fachlehrer A. Zuber, die Fortsetzung des Kurses: „Praktische Arbeiten an der Schnellpresse“, statt. Befandend wurde der Illustrations- und Drei- und Vierfarbendruck sowie der Webgedruck. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Kursus lehrreich und vielseitig war und bestimmt jedem Teilnehmer etwas gebracht hat. Wir möchten nicht unterlassen, unsern allzeit bereiten Kollegen Zuber auch an dieser Stelle für seine aufopfernde Tätigkeit unsern besten Dank auszusprechen. — Am 16. März fand in Stuttgart die jährliche Hauptversammlung der Rotationsabteilung statt. Anwesend waren Kollegen aus dem ganzen Kreis Stuttgart. Die Versammlung war sehr gut besucht. Den Mittelpunkt der Versammlung bildete der Vortrag des Kollegen Feichtiger (Karlsruhe) über „Mechanische Zylinderbeschleunigung“. Ein ausgezeichnetes Anschauungsmaterial, für dessen Überlassung wir der Firma Kandelbinder (München) hiermit bestens danken möchten, verhalfen dem Referenten zu einem vollen Erfolg. In der folgenden Diskussion wurde auch die „Conti-Walze“ einer Besprechung unterzogen. Einige Kollegen brachten zum Ausdruck, daß diese noch kein Ersatz für die im Gebrauch befindlichen Messerwalzen darstellt. Kollege Schröder vom Gauvorstand, der an den Mantelrollenverhandlungen teilgenommen hatte, berichtete zum Schluß noch einiges über die Rotationsfragen, die bei den Mantelrollenverfahren befandend wurden. Seine Ausführungen wurden freifällig aufgenommen. — Nachmittags fand ein gemütliches Beisammensein statt.

Allgemeine Rundschau

Geschlechtsprüfungen. In Göttingen unterzogen sich in diesem Jahre 23 Seher, 1 Drucker und 3 Schweizerdegen der Geschlechtsprüfung. Von den Sehern erhielten im Praktischen die Note Gut 12 und Genügend 11. Im Theoretischen Gut 17, Genügend 6. Von den Druckern im Praktischen 2 Gut, einer Genügend. Im Theoretischen 2 Gut, einer Genügend und einer in beiden Fächern Ungenügend. Diesem wurde ausgegeben, in einem halben Jahr die Prüfung zu wiederholen. Die Schweizerdegen entschieden sich für die Prüfung im Seherfach und bestanden diese im Praktischen und Theoretischen mit der Zensur Ungenügend.

Auch bei dieser Prüfung war wieder die bedauerliche Wahrnehmung zu machen, daß mancher Prinzipal sich wohl für berechtigt hält, Zehrlinge einzustellen, aber für eine geübtere Ausbildung nicht Sorge trägt oder tragen will. Daß solchen Herren in Zukunft etwas mehr auf die Finger gesehen wird, versteht sich von selbst. — Der Geschlechtsprüfung im Bezirk Alfenburg (Thür.) unterzogen sich 17 Seher, 5 Drucker, ein Schweizerdegen. Es bestanden 3 Seher mit Gut, 10 mit ziemlich gut, 4 mit Genügend; ein Drucker mit Gut, 3 mit ziemlich gut, einer mit Genügend; ein Schweizerdegen mit Gut.

Meisterprüfung. Die Kollegen Joseph Schenckler und Karl Lisdorf aus Neuweid bestanden vor der Handwerkerkammer Koblenz die Meisterprüfung. — Vor der Prüfungscommission der Handwerkerkammer Meiningen haben die Kollegen Ernst Cotti (Sonnberg) und Max Knosch (Wildefeld) die Meisterprüfung mit der Note Gut bestanden.

Annahme der neuen Lehrlingsstafel durch Handwerkerkammern. Die oberbayerische Handwerkerkammer in München sowie die pfälzische Handwerkerkammer in Kaiserslautern haben in ihren letzten Volksversammlungen die neue Lehrlingsstafel nach den Beschläüssen der Tarifparteien angenommen. Die mittelfränkische Kammer hat vom Sachauschuß eine gutachtliche Äußerung angefordert, die im Sinne der Neufassung ausgefallen ist. Auch die oberfränkische Kammer hat sich bereit erklärt, der demnächst dem Vorstand aus der Volksversammlung zur Beschlußfassung vorzuliegenden Lehrlingsordnung die neuen Abmachungen einzufügen.

Mit dem Hülfsgeld der Barbaren. Unter Führung des kommunikativen Abgeordneten Stern unternahmen die linken russischen Kommunisten einen rechtlichen Angriff auf die Druckerei des Parteibüros „Vorwärts“ in Reichenberg (Böhmen), dessen Herausgeber wegen reformistischer Tendenz aus der Partei ausgeschlossen worden war. Ihr Ziel war, in der Druckerei alles zu zerstören, durch Zerstörung der Rotationsmaschine den Druck des Reformistenblattes zu verhindern und jeden, der sich entgegenstellte, niederzuschlagen. Tatsächlich drangen sie mit Gewalt in die Druckerei ein, wobei sie die Türen zertrümmerten, und begannen ihr Zerstörungswerk, zerhieben Bleiplatten und fertigen Satz. Von der Sechsmaschine wurden sie dadurch ferngehalten, daß die Seher sie mit heißem Eis bedrohten, falls sie handgreiflich werden würden. Es erschien dann die Polizei, die einige der Helben verhaftete.

„Säuberung“ der Gewerkschaften in Rußland. In den Organen der russischen Gewerkschaftsbewegung vollzieht sich eine sichtlich Umgestaltung. Unter bewußtem und energischem Druck der kommunistischen Partei wird die „alte“ Generation der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre immer mehr verdrängt und durch eine neue Schicht, die in ihrer Mehrheit durch die Schule der jungkommunistischen Bewegung gegangen ist, ersetzt. Die Argumente, mit denen die als „Trade-Unionisten“, „Opportunisten“, „Reformisten“ usw. zu verdrängenden kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre bekämpft werden, sind dieselben, mit denen sie selbst vor zehn bis zwölf Jahren die sozialdemokratischen („menschenwürdigen“) Gewerkschaftler bekämpft haben. Es ist bekanntlich nichts als Kabal, daß es nicht von einem nicht „Revolutionären“ Arbeiterpaß „werden“ können. Zur Zeit wird gerade eine durchgreifende „Säuberung“ in den obersten Organen der Gewerkschaftsbewegung — in dem Zentralkomitee der Gewerkschaften der Sowjetunion und in den Zentralkomitees der Verbände — durchgeführt. Die „Säuberung“ liegt in den Händen der Zentralen Kontrollkommission der RPKS. Von den zu „Säubernden“ wird verlangt, daß sie selbst sich bei der „Säuberung“ eifrig beteiligen sollen. In dem Mostauer zentralen Gewerkschaftshaus („Palast der Arbeit“), in dem der Zentralkomitee und die Zentralkomitees der Gewerkschaften untergebracht sind, hat die „Säuberungskommission“ folgenden Anschlag aushängen lassen: „Wer der Säuberungskommission keinen einzigen praktischen Vorschlag gemacht hat, wer keine Mängel der Arbeit (der Gewerkschaften) und keine konkreten (d. h. namentlich bezeichneten) Schuldigen aufgedeckt hat, der muß selbst hinausgeschleudert werden.“ („Trub“ vom 17. März.) Wie demoralisierend muß doch eine solche auf Denunziation beruhende „Säuberung“ wirken. Das Schicksal aller Bewegungen, die in Perioden wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zerrüttung entstanden und es nicht verstehen, zur rechten Zeit von der Zerstörungsarbeit zu aufbauender Arbeit überzugehen, erfüllt sich auch an der kommunistischen Partei. Mit agitatorischen Schaumflügelungen lassen sich wohl zeitweise Erfolge erzielen, aber schöpferische Wirkungen gehen nur von positiven Leistungen und Taten aus.

Bevorstehende Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens durch England. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes trat am 21. April in Paris zu einer Tagung zusammen, die mit dem zehnten Jahrestage seiner Gründung zusammenfiel. Auf der Tagesordnung stand die endgültige internationale Intraffizierung des Abkommens über den Achtstundentag. In der Beschließung wies Direktor Thomas darauf hin, daß die englische Regierung am 16. April einen Gehentabwurf zur Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagsabkommens im Unterhaus eingebracht hat. Die auf der Tagung anwesende Leiterin des englischen Arbeitsministeriums erklärte hierzu, die englische Regierung habe den Wunsch, die Ratifizierung des Abkommens und die Entwicklung der internationalen Arbeitergesetzgebung zu beschleunigen. Die frühere Regierung Englands hat dafür gesorgt, daß in dieser Ratifizierungsfrage keine Überstürzung erfolgte. Wenn die Widerstände in England gegen die Ratifizierung endlich beseitigt sind, wird hoffentlich auch die deutsche Regierung keine Schwierigkeiten mehr machen, um die allgemeine Zustimmung zu dem Washingtoner Abkommen vom Jahre 1919 durchzuführen.

Vom Jugendherbergswesen. Der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen hat seinen ersten Jahresbericht herausgegeben. Es sind neue Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der angeschlossenen Reichsverbände stieg von 216 auf 230, die der listenmäßigen Mitglieder von 102.500 auf 115.700, die der Ortsgruppen von 922 auf 1078, die der Dörfer, an denen alle Schulen angeschloffen sind, von 50 auf 101. Die Zahl der Jugendherbergen beträgt 2150. Als Eigenheimen werden diejenigen Anwesen angesehen, die, ohne Rücksicht auf die Trägerchaft, ganz oder über-

wiegend dem Jugendherbergswesen dienen. Ihre Gesamtzahl stellt sich auf 184, macht also rund ein Viertel aus. Die Überwachungsstellen sind gegenüber 1928 trotz der weiteren Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage um eine Viertelmillion gestiegen auf über 3 1/2 Millionen. An der Spitze steht das Rheinland mit 154.788 Übernachtungen, ihm folgen Sachsen mit 136.000, Brandenburg mit 285.788, Bayern mit 275.591, Baden mit 212.171, Sauerland mit 233.660, Nordmark mit 222.276, Mittelelbe mit 212.184 usw. Die Zahl der ausländischen Gäste aus Holland, England und Skandinavien erfährt eine wesentliche Steigerung. An den Herbergsgästen waren beteiligt: Volkshilfen 21,37 Proz., Höhere, Mittels- und Volkshilfen 32,04 Proz., Sonstige bis einschließlich 20 Jahre 26,25 Proz., Besucher über 20 Jahre 17,31 Proz., die männlichen Besucher stellten 68,19 Proz., die weiblichen 31,81 Proz. Die Jahresrechnung weist bei 885.824 M. an Einnahmen einen Überschuß von 8710 M. auf. Preußen und das Reich haben die bisherigen Zuschüsse infolge der Finanznot stark gekürzt. Aus der 150.000-M.-Spende der drei Spigenewerkschaften aus dem Arbeitnehmeranteil an der Reichsentschädigung für das besetzte Gebiet sind elf Jugendherbergen geschaffen worden. Die monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Jugendherberge“ hat zur Zeit eine Auflage von 153.000.

Reichstagung der Kriegsooper. Der Reichsverband Deutscher Kriegsooperführer und Kriegshinterbliebener, e. V., Sitz Berlin, hält in der Zeit vom 20. bis 22. Juli d. J. im Plenarsitzungsaal des Reichstages seinen ordentlichen Verbandstag ab. Die Fragen der Kriegsooperversorgung und ihre finanzielle Auswirkung sind in der letzten Zeit von maßgeblichen Staatskritikern in der öffentlichen Presse lebhaft diskutiert worden. Der Reichsverband trägt sich mit der Absicht, sich ernsthaft mit den vorliegenden Vorschlägen einer Einschränkung auf versorgungspflichtigem Gebiet auseinanderzusetzen. Maßgebliche Regierungsovertreter haben ihr Erscheinen bereits angekündigt, so daß diesem Verbandstag eine besondere Bedeutung beizumessen ist.

Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden 1930. Eine der vornehmsten Aufgaben des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden als Zentralinstitut für Volksgesundheitspflege besteht darin, durch Anbahnung bescheidend auf den Besucher einzuwirken. Diesem Zwecke sind in dem mit der Internationalen Hygiene-Ausstellung in engstem Zusammenhang stehenden Museumsneubau 23 Schauräume mit einer Fläche von fast 7000 qm gewidmet, die zur Aufnahme des Schaumaterials bestimmt sind. Dabei geht es, neben den eigentlichen musealen Aufgaben auch die rein technischer Art vornehmlich wie Heizung, Lüftung, Raumbeleuchtung zweckmäßig anzuordnen und die Installation für den Betrieb des Schaumaterials (Licht, Kraft, Druckluft usw.) einzubauen. Bauart Michael, der auch bei den früheren Ausstellungen des Hygiene-Museums in Wien künstlerisch bestimmend mitwirkte, hat auf diese Weise eine vornehme, ruhige Untereinrichtung der gesamten Innenarchitektur geschaffen, die sich glänzlich von den augenblicklich herrschenden Modestformen freisität und wahrhaft „zeitlos“ genannt werden muß.

Küßgang der Tuberkulose. Die Tuberkulose war Jahrzehnte hindurch „eine“ Volkskrankheit, die Millionen Menschen hinraffte. Sie scheint ihre Schrecken verloren zu haben. In Mitteleuropa lebten 1871 von 10.000 Einwohnern 43 an dieser Volkskrankheit, 1913 waren nur noch 16,7 Todesfälle und 1929 nur 10,9 Todesfälle auf 10.000 Einwohnern zu verzeichnen. Es ist also ein gewaltiger Rückgang der auf die Tuberkulose zurückzuführenden Sterblichkeitszahlen eingetreten. Dies kann nur begrüßt werden, waren es doch in der Hauptphase die unteren Bevölkerungsschichten, die unter dieser entsetzlichen Seuche zu leiden hatten; Zweifellos steigt die allgemeine Volksgesundheit. Dies ist auf die Erzeugnisse der Gewerkschaften, auf die Leistungen der Sozialversicherung und auf die Gesundheitsfürsorge der Städte zurückzuführen. Die Berliner städtische Säuglings- und Tuberkulosefürsorge konnte kürzlich auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Ihr Erfolg beruht vor allem darauf, daß insbesondere die Säuglingssterblichkeit und die Todesfälle an Tuberkulose beträchtlich abgenommen haben. Heute ist die städtische Fürsorge in Berlin so ausgebaut, daß sie von der Schwangerenfürsorge über die Säuglings-, Kleinkinder- und Schulfürsorge das ganze Entwicklungsalter der Kinder umfaßt. 1906 wurden 13 und 1929 73 Prolet der Lebendgeborenen von der Fürsorge erfasst. Nimmt man die Leistungen der Krankenkassen durch ihre Familienhilfen dazu, dann kommt man zu einer umfassenden Betreuung der jüngsten Generation. Die Erfolge dieser Leistungen zeigen sich in dem Rückgang der Volkskrankheiten und der allgemeinen Sterblichkeitsziffer.

Medizin ohne Latein. Meldungen aus Moskau zufolge, ist auf der Moskauer Konferenz, die sich mit einer Reform des Medizinstudiums befaßte, auch beschloffen worden, die lateinischen Fachausdrücke, aus dem Mittelalter stammend, abzuschaffen und durch russische zu ersetzen. Es wird hierbei jedoch, scheint es, übersehen, daß gerade diese „mittelalterlichen“ Ausdrücke viel zur internationalen Verbreitung der medizinischen Wissenschaft beigetragen haben, und daß sich die russische Medizinwissenschaft durch diese radikale Reformmaßnahme vollständig isoliert.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber Hamburg, Holtentw. 8, welcher den Lesern unsern Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Verwertung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

- Einspruchsfristablauf für die Patentanmeldungen:
- 24. Juni 1930.
 - Patentanmeldungen (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 24. April 1930):
 - M. L. 157 26. Schnellpressenfabrik Steinla & Bauer AG., Nürnberg, 2 Treppentreppe Schmalen aus Wien von Streifenplatten.
 - M. L. 157 28. Schnellpressenfabrik Krantenthal Albert & Co., AG., Krantenthal, Böh., Pneumatische Hosen abnebeverrichtung.
 - Patenterteilungen:
 - M. L. 157 278. Maschinenfabrik Augsburg-Münchener AG., Augsburg, Stadtbachstr. 7, Rotationsdruckmaschinenanlage.

Nr. 1-14 197 1/2 Die den Verleger... Nr. 1-14 197 1/2 Die den Verleger... Nr. 1-14 197 1/2 Die den Verleger...

Verschiedene Eingänge

„Evangelische Mitteilungen“... „Europäische Mitteilungen“... „Die Europäische“... „Die Europäische“...

Dor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig

Erfundigungen beim zuständigen... Gauvorsitzer einzuziehen!... Wer diese statutarische Pflicht...

Briefkasten

7. 3. in Nr. 1. Aufsicht... Briefkasten... Briefkasten... Briefkasten...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61... Verbandsbureau: Berlin SW 61... Verbandsbureau: Berlin SW 61...

Abwesenveränderungen

Schubert (Meklenburger)... Abwesenveränderungen... Abwesenveränderungen...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen... Zur Aufnahme gemeldet... Zur Aufnahme gemeldet...

Reise- und Arbeitslohnunterstützung

Dresden, Dem Kollegen... Reise- und Arbeitslohnunterstützung... Reise- und Arbeitslohnunterstützung...

Verammlungskalender

Annaberg-Buchholz... Verammlungskalender... Verammlungskalender...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die sechsgespaltene... Anzeigenpreise: 15 Pf. die sechsgespaltene...

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag... Annahmeschluss: Montag und Donnerstag...

Berliner Korrektorenverein... Monatsversammlung... Ortsgruppe Berlin - BdDB...

Liedertafel „Gutenberg“ von 1877... Generalsammlung... Gaulschbriefe...

Züchtiger Korrektor und Reviseur... Stelle besetzt... Schriftgießer...

Am 20. April verstarb... Otto Fischer... Herbert Heilmann...

Durch Freitod... Max Klaut... Mag Fünfsilber...

Elektronisches... scharfe Bildwiedergabe... Pyrophor-Metallgesellschaft A.G. Essen-Werden...

Zeitungskorrektor... Knorr'sche (Hansen-Begner)... Knorr'sche (Hansen-Begner)...

Anzeigen- und Akzidenzseker... Emil Kühn... Anzeigen- und Akzidenzseker...

Franz Schönborn... Anzeigen- und Akzidenzseker... Franz Schönborn...

Am 27. April verstarb... Otto Scholze... Anzeigen- und Akzidenzseker...